

Allersberg, 18. April 2022

## **Antrag: Bürgerinformation zu geplanten Baumfällungen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Horndasch,

wir bitten darum, folgenden Antrag bei der nächsten Sitzung des Umweltausschusses zur Abstimmung zu bringen:

**Die Verwaltung wird beauftragt, Bäume im öffentlichen Raum, die gefällt werden müssen, künftig sichtbar zu kennzeichnen und über den Grund für die beabsichtigte Fällung (Verkehrssicherheit, Baumaßnahmen etc.) sowie über die geplanten Ausgleichsmaßnahmen mind. 10 Tage vorher zu informieren. Die Verwaltung legt zur nächsten Sitzung einen Vorschlag vor, auf welchem Weg die Bürger\*innen informiert werden können.**

### Begründung:

Viele Bürger\*innen sind sehr sensibel hinsichtlich der Fällung von Bäumen im Gemeindegebiet. Häufig wird vermutet, dass Bäume ohne Not gefällt werden oder dass für Baumaßnahmen zu viele Bäume gefällt werden. Zuletzt sorgten die Streuobstwiese im Keinzel II sowie die Baumfällungen im Himmelreich, in der Freystädter, Nürnberger und Adalbert-Stifter-Straße sowie im Freibad für Aufregung. Bürger\*innen fordern zu Recht, dass genau geprüft wird, ob Bäume erhalten werden können. Sie erwarten, dass die Verwaltung transparent macht, welche Untersuchungsergebnisse vorlagen, warum Fällungen unausweichlich sind und wie für Ausgleich gesorgt wird. Darüber sollen sie künftig mit überschaubarem Aufwand informiert werden. Vorbild könnte z. B. die Praxis der Stadt Dortmund sein, wo Bäume vor dem Fälltermin eine Banderole mit folgender Aufschrift erhalten:

*„Die Stadt Dortmund informiert: Liebe Bürgerin, lieber Bürger! Dieser Baum wurde von uns eingehend geprüft mit dem Ergebnis, dass die Standsicherheit und damit die Verkehrssicherheit nicht mehr ausreichend gewährleistet ist. Daher wird er in nächster Zeit gefällt und durch einen jungen Baum in der nächsten Pflanzzeit wieder ersetzt. Diese Fällaktion dient Ihrer persönlichen Sicherheit. Sollten Sie Fragen haben, rufen Sie uns an.“*

Ähnlich ließe sich auch bei uns Transparenz über Baumfällungen herstellen. Alternativ oder ergänzend könnte man entsprechende Informationen auf der Website des Bau- und Umweltamts veröffentlichen. Die Verwaltung soll hier den für sie organisatorisch einfachsten Weg vorschlagen.

Besten Dank und freundliche Grüße

Tanja Josche  
für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN